



Auskunft erteilt:	Herr Haaß	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1530	e-mail:	Michael.Haass@stadt.koblenz.de
Koblenz,	22.05.2018		

Niederschrift

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 02.05.2018

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums Herr David Langner, Oberbürgermeister	Ratsfraktion FBG Herr Werner Rosenbaum,
Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,	Ratsfraktion FDP Herr Sven Schillings,
Ratsfraktion CDU Herr Manfred Diehl, Herr Herbert Dott, Herr Hans Finkener, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling, Frau Claudia Probst, Herr Thomas Roos,	Ratsfraktion AfD Herr Karl Ludwig Weber,
Ratsfraktion SPD Herr Gerhard Lehmkuhler, Frau Marion Mühlbauer, Herr Markus Schmitz,	Verwaltung Frau Monika Effenberger, Frau Katrin Freiberg Herr Christian Doll Frau Ortrud Stridde Herr Oliver Euskirchen Herr Hubert Kroh Herr Perry Golly
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Dr. Thomas Bernhard, Frau Andrea Mehlbreuer,	Schriftführer/in Herr Michael Haaß,
Ratsfraktion BIZ Frau Gabriele Hofmann,	Extern Herr Norbert Burkhart Geschäftsführer Strom-Boje Mittelrhein UG

Herr Oberbürgermeister David Langner begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Beginn der öffentlichen Sitzung:	16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung:	17.55 Uhr

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Flussbojen zur Stromerzeugung Vorlage: UV/0136/2018

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt den Vortrag von Herrn Norbert Burkhart (Geschäftsführer der Strom-Boje Mittelrhein UG) zur Kenntnis.

Protokoll:

Der Geschäftsführer der Strom-Boje Mittelrhein UG, Herr Norbert Burkhart, trägt das Projekt zur Installation von Flussbojen zur Stromerzeugung im Bereich des ehemaligen Prinzensteiner Fahrwassers im Rhein vor. Maßgeblich im Rahmen der Wirtschaftlichkeit ist vor allem die Fließgeschwindigkeit des Rheins, was im ehemaligen Prinzensteiner Fahrwasser gewährleistet ist. Derzeit werden die notwendigen Genehmigungen eingeholt und die Realisierung vorbereitet. Mit der Realisierung soll im ersten Quartal 2019 begonnen werden.

Im Rahmen der anschließenden Aussprache wurden folgende Themen diskutiert:

- die bisherigen Untersuchungen haben ergeben, dass die notwendigen Fließgeschwindigkeiten in Koblenz nicht gegeben sind, um ein derartiges Projekt als wirtschaftlich sinnvoll darzustellen; wichtig ist insoweit, den richtigen Standort für ein solches Projekt zu finden,
- aus dem vorgenannten Grund steht die evm AG als kommunaler Energieerzeuger einer Stromerzeugung durch Flussturbinen negativ gegenüber,
- es muss gewährleistet sein, dass keine Gefahren für die Fische entstehen können,
- es wird angeregt, zu überlegen, ob die Anbringung von Flussturbinen an den Pfeilern der geplanten neuen Rheinbrücke möglich ist, da an den Pfeilern erfahrungsgemäß relativ hohe Fließgeschwindigkeiten gegeben sind,
- es wird angeregt bei der „Neue Energie Bendorf“ nachzufragen, ob deren Projekt sich als wirtschaftlich rentabel erwiesen hat.

Protokollhinweise:

1. Anbringen von Flussturbinen an den Pfeilern der geplanten neuen Rheinbrücke

Im Rahmen der fortgeschrittenen Neubauplanung bzw. des bald beginnenden Planfeststellungsverfahrens ist die Anbringung von Flussturbinen nicht vorgesehen. Zuständig für die Bewertung der Zulässigkeit einer Flussturbine an Brückenpfeilern ist die Wasser- und Schifffahrdirektion, da der Rhein eine Bundeswasserstraße ist. Nach den Hinweisen des Brückenbauamtes, welches die Verankerung von Flussturbinen an den Brückenstützen als äußerst kritisch betrachtet, ist davon auszugehen, dass eine wasserrechtliche Genehmigung wohl eher nicht erteilt werden wird. Die Brückenpfeiler sind so bemessen, dass sie auch als Anprallschutz für Schiffe fungieren können. Von daher gesehen würden die Flussturbinen potentielle Hindernisse für die Schifffahrt darstellen und den Schiffsverkehr beeinträchtigen. Darüber hinaus sind auch die Fließgeschwindigkeiten in diesem Bereich nicht bekannt, so dass eine Rentabilität im Rahmen der Stromgewinnung zumindest fraglich erscheint.

2. Information der „Neue Energie Bendorf“ (NEBeG)

Die NEBeG hat zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit eine Potentialanalyse von Bingen bis Koblenz erstellen lassen. Nach einer groben Standortbesprechung mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt Bingen sind 17 Standorte übriggeblieben, die mit Turbinen ohne schifffahrtsrechtliche Bedenken belegt werden können. Nach einer weiteren Sichtung bezüglich vorhandener Infrastruktur und Zugänglichkeit sind weitere 10 Standorte gestrichen worden. Für die übrigen sieben Standorte hat die Bundesanstalt für Gewässerkunde (BFG) dreidimensionale Strömungsmessungen bei unterschiedlichen Wasserständen durchgeführt. Alle Standorte waren aus Sicht der Strömungswerte wirtschaftlich. Die Installationskosten sind von vielen Kriterien abhängig, sodass sich die Genossenschaft für das erste Projekt an diesen Kosten orientiert hat. Für dieses Pilotprojekt (10 Micro-Strömungsturbinen vor der Insel Niederwerth) wurden alle Genehmigungen eingeholt und die Pachtverträge abgeschlossen. Die Verhandlungen mit dem Hersteller sind noch nicht abgeschlossen. Eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung ist nach Ansicht des Betreibers bei diesem Projekt gegeben. Es ist nicht bekannt, inwieweit die 7 Standorte innerhalb des Stadtgebietes Koblenz liegen, diesbezüglich erhält die Verwaltung trotz Nachfrage keine Information von der NEBeG.

Punkt 2: Stand der Heizungsmodernisierung nach der Energieeinsparverordnung bei der Stadtverwaltung Koblenz
Vorlage: UV/0133/2018

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Herr Kroh vom Zentralen Gebäudemanagement Betrieb (ZGM) berichtet, dass bis auf die Heizungsanlage im Stadttheater, die in 2018 modernisiert wird, alle Heizungsanlagen der Stadt Koblenz dem Standard nach der Energieeinsparverordnung entsprechen.

Punkt 3: Entwicklung von Heizenergie und Heizkosten nach energetischer Sanierung an ausgewählten städtischen Objekten
Vorlage: UV/0154/2018

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis

Protokoll:

Herr Kroh vom ZGM erläutert, dass durch die Gebäudesanierungen an Fenstern, Fassaden und Dächern Energiekosten eingespart werden konnten. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die Einrichtung der Stabsstelle Energie und Energiemanagement beim ZGM zum 1.10.2017 hin. Im Rahmen eines Zuschussprojektes wird derzeit auch ein Klimaschutzteilkonzept mit dem Ziel der Untersuchung der städtischen Gebäude in energetischen Hinsicht erstellt. Hiermit verbindet sich auch der Aufbau eines Portfoliomanagements für die städtischen Liegenschaften. Die städtischen Gebäude sollen insoweit systematisch untersucht werden, um eine entsprechende Investitionsstrategie zu entwickeln. Ziel ist ein Aktionsfahrplan für die nächsten 10 bis 20 Jahre.

Darüber hinaus wird in den nächsten 1 bis 2 Jahren ein Energiecontrolling aufgebaut.

Da zu diesem Tagesordnungspunkt der Einladung eine Präsentation des ZGM mit der aufgedruckten Dachmarke der Stadt Koblenz beigelegt war wird von einem Ausschussmitglied angemerkt, dass das im Schriftverkehr bzw. bei Präsentationen der Stadtverwaltung Koblenz verwendete Logo sehr groß und farbtintensiv ist, was zu relativ hohen Druckkosten führt und auch nicht im Einklang mit einer Ressourcen schonenden Umweltpolitik steht. Es wird gebeten, dass die Verwaltung prüft, ob das Logo nicht kleiner und weniger farbtintensiv gestaltet werden kann. Ausdrucke sollten im internen Verkehr schwarzweiß ausgedruckt werden. Drucke sollten möglichst beidseitig erfolgen.

Punkt 4: Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern
Vorlage: UV/0134/2018

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Herr Kroh vom ZGM erläutert, dass die Sporthalle Asterstein, die sich derzeit in der Realisierung befindet, ein relativ großes Pilotprojekt für den Einsatz von Photovoltaik auf städtischen Dächern darstellt. Darüber hinaus plant der ZGM, dem Stadtrat in nächster Zeit eine Beschlussvorlage zu unterbreiten, aus der die zukünftige Strategie der Stadt im Rahmen der Stromerzeugung durch Photovoltaik hervorgehen wird.

Punkt 5: Sachstand Masterplan und Sofortprogramm Saubere Mobilität
Vorlage: UV/0137/2018

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Im Rahmen der Aussprache zur Unterrichtungsvorlage wurden folgende Themen diskutiert:

- die Beschaffung von 3 Elektrobussen durch die evm Verkehrs GmbH soll nicht von der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes durch die Stadt Koblenz abhängig gemacht werden. Der sich hierauf beziehende Passus in der Unterrichtungsvorlage ist daher zu streichen, so dass die evm Verkehrs GmbH die Beschaffung von Elektrobussen auch ohne ausdrückliche Änderung des Nahverkehrsplanes vornehmen kann. Dem schließt sich der Umweltausschuss an.
- In Anbetracht des vom Bundesumweltministerium aufgelegten Förderprogramms, wonach 80 % der im Rahmen der Beschaffung von Elektrobussen anfallenden Mehrkosten vom Bund bezuschusst werden, was jedoch eine Mindestbeschaffungsmenge von 6 Elektrobussen voraussetzt, sollten wegen des erheblichen Investitionsvolumens keine Gelder mehr in Diesel- bzw. Gasbusse investiert werden, sondern die Beschaffung von Elektrobussen im Fokus stehen.
- Da die Beschaffung von Elektrobussen sehr kostenintensiv ist sollten auch andere Antriebstechnologien wie z. B. Wasserstoff geprüft werden. Vor allem in Anbetracht der größeren Reichweite ist die Brennstoffzellentechnologie sehr interessant.
- Die Entwicklung der Infrastruktur ist bei Elektrobussen sehr fortgeschritten. Um den Umweltausschuss jedoch mit Blick auf alternative Antriebstechnologien auf den aktuellen Stand zu bringen und ihm insoweit einen fachlichen Überblick zu verschaffen, soll in der nächsten Sitzung ein fachkundiger Experte zu diesem Thema referieren.

Punkt 6: Sachstand Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Koblenz Vorlage: UV/0143/2018
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Protokoll:

Im Rahmen der Unterrichtung wurden folgende Themen erörtert:

- Mit Bezug auf Seite 13 des Umsetzungsberichtes wurde die Frage aufgeworfen, ob das Ziel von 18% der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien bis 2020 noch erreichbar ist.
- Auf Seite 4 des Umsetzungsberichtes werden die Zahlen zur CO₂-Entwicklung in Koblenz dargestellt. Es wird nachgefragt, ob die Zahlen auf Seite 4 durch die Statistikstelle (Herr Dr. Pauly) näher ausgewertet werden können. Es geht vor allem darum, ob die Stadt Koblenz mit

der CO₂-Entwicklung auf dem richtigen Weg ist. Zudem stellt sich die CO₂-Ermittlung als sehr kompliziert dar und sollte daher näher erläutert werden. Die Ermittlung der Zahlen und deren Entwicklung muss nahvollziehbar sein.

- Mit Bezug auf Seite 4 des Umsetzungsberichtes wird erörtert, ob die Stadt Koblenz auf die CO₂-Entwicklung aktiv Einfluss nehmen kann. Vor allem geht es hierbei um Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben. Es geht vor allem um Möglichkeiten der Einflussnahme im Immissionsschutzgenehmigungsverfahren sowie um Festsetzungen im Bebauungsplanverfahren.

Die Verwaltung wird die Fragen klären und in der nächsten Unterausschusssitzung entsprechend berichten.

Die Leiterin des Umweltamtes, Frau Effenberger, erläutert, dass sich die Ermittlung der CO₂-Werte in der Praxis als sehr kompliziert sowie zeit- und kostenintensiv darstellt. Von daher gesehen prüft die Verwaltung derzeit, ob die Ermittlung in dieser Form beibehalten bleiben kann.

Protokollanmerkung:

1. Auswertung durch die Statistikstelle

Zur angefragten Auswertung der CO₂-Entwicklung durch die Statistikstelle gibt die bei der Statistikstelle vorhandene Datenbasis einige Auskünfte zum Thema Haushalte und auch, wenngleich weniger belastbar, zum Thema Unternehmen und Betriebe. Es müssten aber zunächst konkrete Fragestellungen bekannt sein, auf deren Grundlage dann weitergehende Analysen erfolgen könnten.

2. Anmerkung zur Berechnung der CO₂-Emissionen

Die CO₂-Emissionen der Stadt Koblenz werden ermittelt, indem die Energieverbrauchsdaten (Strom, Wärme, Erdöl, etc.) des Stadtgebietes Koblenz ermittelt und sich der daraus ergebende Gesamtenergiebedarf mit dem spezifischen CO₂-Emissionswert des jeweiligen Energieträgers multipliziert und so die CO₂-Emissionen berechnet. Die Erfassung ist sehr zeitaufwendig und wird daher maximal alle drei-fünf Jahre durchgeführt. Eine Beobachtung in größeren Zeitabständen ist fachlich allerdings auch sinnvoller, um Entwicklungen besser analysieren zu können.

Punkt 7: Verschiedenes
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Protokoll:

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurden folgenden Themen erörtert:

1) Antrag der CDU-Ratsfraktion sowie von der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, auf Durchführung einer Expertenanhörung zu den Ursachen des Insektenrückganges

In seiner Sitzung am 26.4.2018 hat sich der Stadtrat mit dem Antrag der CDU-Ratsfraktion sowie der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen befasst, eine Expertenanhörung zu den Ursachen des Insektenrückganges und den für die Stadt Koblenz realisierbaren Maßnahmen durchzuführen. Auf Empfehlung der Verwaltung wurde der Beschluss gefasst, dass im Unterausschuss nach entsprechender Vorberatung eine Anhörung von Experten erfolgen soll.

Im Rahmen der Vorberatung hat der Umweltausschuss folgende Experten vorgeschlagen:

- CDU-Fraktion: Herr Prof. Dr. Berthold vom Max-Planck-Institut
- SPD-Fraktion: Herr Hansjörg Grönert

Die Expertenanhörung soll nach dem einstimmigen Beschluss des Umweltausschusses im Stadtrat erfolgen. Die Mitglieder des Umweltausschusses sollen zu der Stadtratssitzung hinzugeladen werden.

Protokollhinweis:

Mit E-Mail vom 3.5.2018 wurden die Fraktionen gebeten, bis zum 15. Mai 2018 entsprechende Experten zu benennen, die für die Stadtratssitzung einzuladen sind. Die Expertenanhörung könnte in der Stadtratssitzung am 21. Juni 2018 erfolgen. Es wurde in der E-Mail auch darauf hingewiesen, dass der von der CDU-Fraktion genannte Experte Herr Prof. Dr. Berthold vom Max-Planck-Institut Ornithologe (Vogelkundler) ist. Die Experten sollten im Fachgebiet der Entomologie (Insektenkunde) beheimatet sein.

Aus der Sicht der Verwaltung kommen folgende Experten in Frage:

- Dr. Christoph Otten (Leiter des Fachzentrums Bienen und Imkereien in Mayen)
- Dr. Axel Schmidt von der Oberen Naturschutzbehörde (Insekten allgemein; speziell Schmetterlinge)
- Prof. Dr. Thomas Wagner, Universität Koblenz, Fakultät Biologie (Insekten allgemein; speziell Käfer).

2. Mitteilung der aktuellen NO₂-Werte durch das Umweltamt

In der Sitzung des Umweltausschusses vom 22.9.2017 hat Ratsmitglied Diehl namens der CDU-Stadtratsfraktion beantragt, dass der Umweltausschuss in jeder Sitzung über die aktuelle NO₂-Belastung in Koblenz informiert wird. Frau Freiberg vom Umweltamt stellt die aktuelle Entwicklung anhand der als Tischvorlagen ausgeteilten 3 Grafiken vor.

Folgende Gesichtspunkte wurden erörtert:

- die Messwerte werden sowohl von den jeweiligen Wetterlagen (regenarme Wetterlagen erzeugen relativ hohe Werte etc.) als auch von der Intensität der Verkehrsströme beeinflusst. So sind in Ferienzeiten beispielsweise relativ niedrige Werte festzustellen,
- es wird darauf hingewiesen, dass das Problem der hohen NO₂-Messwerte begriffen und notwendige Maßnahmen ergriffen werden müssen, um dem entgegenzuwirken.

3. Entwicklung Mobilität vor dem Hintergrund Klimaschutz und Luftreinhaltung

In der Sitzung des Umweltausschusses am 16.11.2017 hat Ausschussmitglied Dr. Bernhard beantragt, dass sich der Umweltausschuss vor dem Hintergrund notwendiger Klimaschutzmaßnahmen und der Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung mit der zukünftigen Entwicklung der Mobilität in Koblenz beschäftigen soll.

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Langner, erläutert, dass die Verwaltung das Thema im Zusammenhang mit der Einbringung des Verkehrsentwicklungsplanes (Entwurf) im Fachbereichsausschuss IV behandeln wird. Die im Entwurf vorliegende Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Koblenz (Koblenz 2030) beinhaltet entsprechende Zielsetzungen.

4. Markt der Nachhaltigkeit - bewußt(er)leben – mach mit!

Herr Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass am Samstag, dem 16. Juni 2018 in der Zeit von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr auf dem Jesuitenplatz, dem Willi-Hörter-Platz und im Dreikönigenhaus der Markt der Nachhaltigkeit stattfindet. Veranstalterin ist das Umweltamt in Kooperation mit dem ISSO-Institut.

5. Photovoltaikanlagen auf dem Dach der Hochschule Koblenz

Es wird von Ausschussmitglied Dr. Bernhard angeregt, dass auf dem Dach der Hochschule Koblenz Photovoltaikanlagen errichtet werden sollten. Die Leiterin des Umweltamtes, Frau Effenberger, erläutert, dass die Hochschule, sehr engagiert im Bereich Klimaschutz und Energiesparen ist. Der Unterausschuss beschließt einstimmig, dass der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Langner, beauftragt wird, in diesem Sinne tätig zu werden, um das Projekt beim zuständigen Landesbetrieb LBB Liegenschafts- und Baubetreuung anzuregen.

6. Mobile Luftmessstellen

Ratsmitglied Diehl fragt nach, ob vom Land Rheinland-Pfalz als zuständige Stelle für die Luftqualitätsmessung mobile Messstationen an markanten Punkten aufgestellt werden können. Als Beispiel führt er die Trierer Straße an. Das Umweltamt wird Kontakt mit dem Land aufnehmen und entsprechende Möglichkeiten nachfragen.

Der Vorsitzende:



David Langner
Oberbürgermeister

Der Schriftführer:



Michael Haaß